

Hohenems, am 28.11.2023

## Niederschrift

über die am Dienstag, dem 7. November 2023 um 19:00 Uhr im Löwensaal, stattgefundene

## 26. öffentliche Sitzung und 6. nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Liste Dieter Egger:

Bgm. Dieter Egger  
StR. Mag. (FH) Markus Klien  
StR. Milina Kloiber  
StV. MAS Johannes Drexel  
StR. Erika Kawasser  
StR. Dietmar Amann  
EM. DI (FH) Martin Fetz  
StV. Kurt Aberer  
StV. Arno Bentele  
StV. Iris Kaulfus  
EM. Günther Messner  
StV. Norbert Fenkart  
EM. Werner Rampler  
StV. Andreas Sohm  
StV. Dietmar Wehinger  
StV. Christian Hefel  
EM. Manfred Stossier

Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger  
Liste Dieter Egger

Hohenemser Volkspartei - Team Gerhard Stoppel:

StR. Gerhard Stoppel  
StR. Angelika Benzer  
StV. Helmut Troy  
StV. Birgit M. König  
StV. MBA Philipp Schuler  
StV. Ing. Dieter Mathis  
StV. DI Christian Mathis

Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei  
Hohenemser Volkspartei

Grüne und Parteifreie:

Vizebgm. Mag. Patricia Tschallener  
StV. Gabriele Bächle

Grüne und Parteifreie  
Grüne und Parteifreie

	StV. Mag. Sabine Mohr-Egger	Grüne und Parteifreie
	StV. Mag. Stefan Birkel	Grüne und Parteifreie
	StV. Maria Benzer	Grüne und Parteifreie
	EM. Mag. Art. Dietmar Fend	Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann	Ems isch üsr
	StV. Osman Güvenc	Ems isch üsr
	EM. Birgit Vanheiden	Ems isch üsr
	StV. Roswitha Sahler	Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	EM. Elisabeth Märk	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Johann Großschedl	Liste Dieter Egger
	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
	StV. Robert Isopp	Grüne und Parteifreie
	StV. Klaus Kühne	Liste Dieter Egger
	StV. Robert Schneider	Liste Dieter Egger
	StV. Anton Strammer	Liste Dieter Egger
	StV. Gökhan Ugurlu	Ems isch üsr

## Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Feuerwehr: Anschaffung Rüstlöschfahrzeug (RLF) Mercedes Benz Atego 1730 (Ersatzbeschaffung)
5. Grunderwerb: Ankauf von (Wald)Grundstücken im Bereich der Hangrutschung Haldenstraße, Vertrag mit der FBI Immobilien GmbH über den Kauf der GST-NR .336, 493, 494, 495 und 496
6. Neubau Rathaus: Auftragsvergabe Fenster Holz Alu
7. Antrag Die Grünen: Bodenschutz im Gemeindegebiet der Stadt Hohenems
8. Gemeinsamer Antrag Ems isch üsr, Hohenemser Volkspartei, SPÖ Hohenems, Steinbruch-Gegner: Sicherer Zugang zum Erholungszentrum Rheinauen
9. Landtagsbeschluss betreffend ein Gesetz über
  - a) eine Änderung des Raumplanungsgesetzes
  - b) eine Änderung des Landes-Abfallwirtschaftsgesetzes
  - c) eine Änderung des Sozialleistungsgesetzes
  - d) die Erhebung einer Abgabe von Zweitwohnsitzen und Wohnungsleerständen - Sammelgesetz
  - e) eine Änderung des Baugesetzes
  - f) eine Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Verlaufes der Landesgrenze zwischen den Ländern Vorarlberg und Tirol und die Instandhaltung der Grenzzeichen

10. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
11. Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung der Stadtvertretung
12. Allfälliges

### Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen und BürgerInnen sowie die Zuschauer via Livestream und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister begrüßt auch noch eine Abordnung der Feuerwehr Hohenems.

#### 1. Begrüßung und Fragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

#### 2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Die von Elisabeth Albrecht für den Verein Völkerverständigungs- & Zivilschutzverein „Die Eiche“ eingebrachte Petition „Menschenrechte und Grundfreiheiten erhalten“ wird gemäß § 25 Abs 1 und 2 GG der Stadtvertretung **zur Kenntnis gebracht**.

#### 3. Besetzung von Ausschüssen

**StV. Günter Zechner:** Im Prüfungsausschuss wird StV. Günter Zechner Mitglied und EM. Tobias Reinhard wird Ersatzmitglied.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

#### 4. Feuerwehr: Anschaffung Rüstlöschfahrzeug (RLF) Mercedes Benz Atego 1730 (Ersatzbeschaffung)

Der Bürgermeister erläutert den Antrag. Die Liefersituation ist sehr schwierig und daher müssen wir schon jetzt den Ankauf beschließen. Der Liefertermin wird erst im Jahre 2025 sein.

**StR. Angelika Benzer:** Als erstes ein ganz großes Dankeschön an unsere Freiwillige Feuerwehr Hohenems. Es ist nicht selbstverständlich, dass ihr 24/7 für unsere großen und kleinen Probleme zur Verfügung steht. Ihr seid ein ganz besonderer Schlag Mensch, dem Ehrenamt und das allgemeine Wohlergehen sehr am Herzen liegt. Nochmals ein herzliches Dankeschön für eure Arbeit! Aus diesem Grund können wir dem Antrag zur Anschaffung des neuen Rüstlöschfahrzeuges natürlich sehr gerne unsere Zustimmung erteilen.

Die Thematik an sich bringt mich allerdings noch zu einem ergänzenden Punkt. Denn leider sind nicht alle Menschen in derselben glücklichen Lage wie wir es eben sind und abgesehen vom Ehrenamt fehlt es ganz oft auch an der nötigen Infrastruktur. Im Jahr 2013 startete Alt. Bgm Hans Kohler aus Rankweil ein Projekt, bei dem von Gemeinden ausgemusterte Feuerwehrautos als Hilfsprojekt in das ärmste Land Europas nach Moldawien gesendet werden und dort auch freiwillige Feuerwehren aufgebaut

werden. Den ausgemusterten Autos wird somit ein zweites Leben eingehaucht. Wir von der VP Hohenems sehen dieses Projekt als sehr erstrebenswerte Hilfe zur Selbsthilfe und würden vorschlagen, dass die Stadtvertretung den Ergänzungsbeschluss fasst, das ausgemusterte Tanklöschfahrzeug 1500 BJ 1995 an ein soziales Projekt wie eben das von Alt-Bgm. Hans Kohler zu spenden. Martin Burtscher als stellvertretender Vereinsobmann dieser Non-Profit-Organisation würde sich auch jederzeit zur Verfügung stellen um uns das Projekt im Detail vorzustellen.

Ich stelle den folgenden **Ergänzungsantrag**:

Die Stadtvertretung beschließt die Überlassung des alten Tanklöschfahrzeugs 1500 BJ 1995 (TLF) nach dessen Ausmusterung an ein Feuerwehr-Hilfsprojekt, beispielsweise jenem von Hans Kohler.

**StV. Sabine Mohr-Egger:** Ich bedanke mich ganz herzlich auch im Namen der Grünen und Parteifreien bei der Feuerwehr Hohenems für euren Einsatz. Es ist eine schwierige und keine einfache Aufgabe. Unsere Hochachtung an die Feuerwehr. Wir werden selbstverständlich dem Antrag zustimmen. Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss haben wir gesehen, dass die Auswahl sehr profund von euch war.

**StR. Bernhard Amann:** Ich sage auch vielen Dank. Ihr habt oft schwierige Einsätze, aber auch schöne mit Tieren. Also macht weiter so und Arsch hoch.

**Bürgermeister:** Ich möchte noch zwei Sätze zum Ergänzungsantrag machen. Ich möchte mich noch nicht nur für Moldawien festlegen. Die Ukraine ist sicher auch ein Thema. Ich möchte den Ergänzungsantrag etwas öffnen und offen lassen, welches Entwicklungsprojekt wir unterstützen. Der Bürgermeister erweitert den Ergänzungsantrag.

Der **Ergänzungsantrag**:

Die Stadtvertretung beschließt die Überlassung des alten Tanklöschfahrzeugs 1500 BJ 1995 (TLF) nach dessen Ausmusterung an ein Feuerwehr-Hilfsprojekt, beispielsweise jenem von Hans Kohler oder einem Projekt in der Ukraine.

wird **einstimmig angenommen**.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Bereitstellung von Mitteln im Voranschlag 2025 für die Anschaffung eines Rüstlöschfahrzeuges der Marke Mercedes Benz Atego 1730 gem. Angebot der Rosenbauer Österreich Gesellschaft m.b.H., Leonding vom 19.10.2023 in Höhe von € 795.000.

2. Auftragsvergabe zur Anschaffung eines Rüstlöschfahrzeuges Mercedes Benz Atego 1730 gem. Angebot der Rosenbauer Österreich Gesellschaft m.b.H., Leonding vom 19.10.2023 über brutto € 794.343,17.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

Ein herzliches Dankeschön im Namen der ganzen Stadtvertretung ergeht an die Feuerwehr Hohenems. Ein spezieller Dank gebührt auch dem Fahrzeugausschuss.

## 5. Grunderwerb: Ankauf von (Wald)Grundstücken im Bereich der Hangrutschung Haldenstraße, Vertrag mit der FBI Immobilien GmbH über den Kauf der GST-NR .336, 493, 494, 495 und 496

**Bürgermeister:** Wir haben in der Haldenstraße sehr schwierige Bedingungen mit der Hangrutschung. Wir sind gefordert hier die Objekte zu schützen. Es gab mehrere Gespräche mit dem Land, der Wildbach- und Lawinenverbauung und dem Landesgeologen. Im hinteren Bereich der Haldenstraße ist ein Grundstück, welches erworben werden kann. Dieses würde uns sehr helfen, damit wir einen Zugang zum Hang haben und ein Schutzprojekt umsetzen können. Das ist für die Sicherheit der Anwohner von großer Bedeutung.

**StV. Philipp Schuler:** Unsere Fraktion hat in den Ausschüssen zugestimmt. Die Wildbachverbauung braucht eine Zufahrt. Ist mit den anderen Grundstückseigentümern gesprochen worden, ob nicht seitlich eine Zufahrt über ihre Grundstücke möglich ist?

**Bürgermeister:** Wir haben uns die Situation vor Ort genau mit der Wildbachverbauung angeschaut. Die Zufahrt ohne dieses Grundstück wäre äußerst schwierig. Es wurde intensiv darüber diskutiert.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Das mit € 20.000 dotierte Konto 1/8420-0010, Waldbesitz, Erwerb von Waldgrundstücken kann um € 84.900 überschritten werden.
2. Die Bedeckung der € 84.900 erfolgt durch eine Entnahme aus der Rücklage Haushaltsausgleich.
3. Abschluss des im Entwurf 1.1 vom 30.10.2023 beiliegenden Kaufvertrages über die GST-NR .332, 493, 494, 495 und 496 mit der „FBI“ Immobilien GmbH zu einem Kaufpreis von € 80.000,00 zzgl. Nebenkosten von rd. € 4.880,00.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

## 6. Neubau Rathaus: Auftragsvergabe Fenster Holz Alu

**StR. Milina Kloiber** erläutert den Antrag. Die einzelnen Angebote werden genannt. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat die Beschlussfassung mehrheitlich empfohlen.

**StR. Bernhard Amann:** Wir können dem Antrag nicht zustimmen. Es verteuert sich um 2 Mio.

**EM. Elisabeth Märk:** Ich stelle eine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG:

Wie hoch werden zum jetzigen Zeitpunkt, also dem 7. November 2023, die Gesamtkosten des Rathausbaues im Schebesta-Quartier geschätzt?

**StV. Günter Zechner:** Von wo kommt dieses Holz? Kommt es aus Vorarlberg oder Österreich? Ist es schichtverleimt? Ich hätte gerne die Ausschreibung.

**Bürgermeister:** Wir schicken dir die Ausschreibung zu.

Der **Antrag** lautend auf:

Vergabe des Gewerkes Fenster Holz Alu an die Firma Böhler Fenster GmbH, Wolfurt, gemäß Angebot vom 29.09.2023 zur vorläufigen Angebotssumme von € 861.846,14 netto.

wird mit 30:6 Stimmen (SPÖ, Steinbruch, Ems isch üsr) **angenommen**.

## 7. Antrag Die Grünen: Bodenschutz im Gemeindegebiet der Stadt Hohenems

**StV. Gabriele Bächle:** Ich verlese den Antrag, welchen alle erhalten haben. Die Grünen und Parteifreien Hohenems schlagen deshalb vor, dass sich auch die Stadt Hohenems für die Minimierung des Bodenverbrauchs einsetzt. Deshalb stellen wir Grünen und Parteifreien folgenden Antrag:

Der **Antrag** lautend auf:

- a) Die Stadt Hohenems bekennt sich zum Bodenschutz und unterstützt das Ziel, österreichweit nicht mehr als 2,5 Hektar Boden täglich zu verbrauchen.
- b) Die Stadt Hohenems wird Bodenschutz als wichtiges öffentliches Interesse bei allen Planungsentscheidungen besonders berücksichtigen, mit dem Ziel
  - a. neuen Bodenverbrauch und Flächenversiegelung auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren, insbesondere durch qualitätsvolle Nachverdichtung und Innenentwicklung,
  - b. Leerstand zu aktivieren,
  - c. Potentiale für Entsiegelungsflächen und Renaturierungen zu erheben und umzusetzen,
  - d. Landwirtschaftliche Vorrangflächen und ökologisch hochwertige Flächen für künftige Generationen zu sichern.

**StR. Bernhard Amann:** Ich mache eine Initiative, dass schönes Wetter ist bis Ende des Jahres. Dieser Aufsatz ist, glaube ich, im Kiga gemacht worden. Es ist unmöglich. Wir sind nicht zuständig als Stadt, wir sind nicht zuständig als Gemeinde, wir können nicht einfach vorschreiben, da bin ich dagegen. Ich bin schon für Öko, aber ich bin wirklich dagegen, dass man da alles vorschreibt. Das man hier mit Allgemeinplätzen kommt die ein Wahnsinn sind. Wenn wir einen Antrag machen, für die Reduktion von Essen auf Rädern und Schüleressen dann kommt immer, man braucht einen ganz konkreten Vorschlag und Punkt für Punkt alles. Dort ist man sehr genau und durchstrukturiert und dieser Antrag, was hier vorliegt, der sagt alles und nichts. An wen schickt man diesen Antrag? Zum Herrn Kogler nach Wien oder zur Frau Van der Leyen in die EU? Das Gemeindegesetz definiert ja alles ganz genau wie wir handeln müssen. Also wir können diesem Antrag wegen Unzuständigkeit nicht zustimmen. Ich stelle einen **Vertagungsantrag**.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 30:6 Stimmen (1 FPÖ, 4 Ems isch üsr, Steinbruch-Gegner) **abgelehnt**.

**StR. Gerhard Stoppel:** Die Hohenemser Volkspartei ist immer dabei, wenn es um Bodenschutz und Bodenverbrauch geht. Aber dieser Antrag ist einfach zu schwammig und ohne konkrete Maßnahmen, die nicht schon vom Land, Bund, Stadt oder EU bereits beschlossen wurden. Auch die Mitarbeiter die in der Stadt betroffen sind, die legen immer soviel Fähigkeiten an den Tag, dass man davon ausgehen kann, dass sie das schaffen, dass sie nichts Unnötiges planen oder bauen. Somit bleibt dieser Antrag

für mich ein Wunschzettel ans Christkind. In dieser Form wird die Hohenemser Volkspartei diesen Antrag nicht unterstützen.

**StV. Günter Zechner:** Ich habe lange im Internet gesucht und dann gefunden, dass wir 164 m<sup>2</sup> pro Kopf Bodenverbrauch im Jahre 2018 in Hohenems hatten. Damals hatten wir 16.300 Einwohner. Das sind dann 268 ha und pro Tag 7,34 m<sup>2</sup>. Ich werde dem Antrag auch nicht zustimmen.

**StV. Stefan Birkel:** Bernhard, es tut mir echt leid, aber eigentlich musst du dich bei der Gabriele entschuldigen. Es ist eigentlich eine Unverschämtheit wie du sie angesprochen hast und ich finde, dass in dieser Stadtvertretung dieses Niveau nicht notwendig. Jemanden so hinzustellen, finde ich nicht nett, was du machst. Ich kann das nicht verstehen, warum du das machst. Ich möchte das jetzt wirklich mal sagen, das ist mir echt aufgestoßen. Was den Antrag selbst angeht. Es ist richtig, dass es ein REK gibt. Wenn die Frage, dass dieser Antrag nicht konkret formuliert wurde, es ist genau das Gegenteil. In diesem Räumlichen Entwicklungskonzept wurden Maßnahmen und Grundsatzbeschlüsse gefasst. In diesem Antrag, der jetzt gestellt wird von unserer Fraktion, geht es um etwas Anderes, nämlich genau dieses Ziel der 2,5 ha verteilt auf den Dauersiedlungsraum, die jeder Kommune zur Verfügung stehen, zu reduzieren. Es gibt eine Homepage für Flächenversiegelung, wo jede Gemeinde übers Bundesvermessungsamt genau die Anteile von Dauersiedlungsraum und Gesamtflächen von den genutzten Flächen dargestellt sind.

Es geht um zwei Sachen: Wir wollen konkret, dass die Stadt nicht nur dieses REK mit allgemeinen Grundsatzideen macht, sondern konkretisiert, wir unterstützen die Initiative, dass in Österreich diese 2,5 ha aufgeteilt auf sämtliche Kommunen umgesetzt werden soll. Die nächste Konkretisierung ist nämlich, dass im Abwägungsprozess, wo Entscheidungen getroffen werden, nämlich für Umwidmungen und dergleichen, nämlich jetzt hineinkommt, dass es ein wichtiges öffentliches Interesse ist. Ich bin selber jahrelang in Verfahren gewesen, wo es um öffentliche Interessensabwägungen gegangen ist. Der Naturschutz und der Bodenverbrauch ist dort immer dem öffentlichen Interesse, am wirtschaftlichen Interesse an der Ansiedlung von Betrieben, an Schaffung von Wohnraum, blabla zum Opfer gefallen. Das war immer als wesentliches öffentliches Interesse gehandhabt worden. Aber das öffentliche Interesse des Naturerhalts, des Erhalts des Bodens und langfristige auch um den kostengünstigen Umgang der Sparsamkeit. Wir reden davon, wenn Boden nicht versiegelt wird, dann braucht unsere Feuerwehr keine neuen Fahrzeuge, weil nämlich dann das Grundwasser und das Oberflächenwasser nicht in den Kanal abgeleitet werden, sondern es kann im Boden versickern. Das geht es geht um konkrete Sachen. Dann möchte ich mich aber schon wundern, dass das die Kollegen herausgehen und alle sagen schwammig blablabla. Das ist mal ein konkreter Antrag der gestellt wird und nicht ein schwammiger. Das ist noch einmal zur Konkretisierung unseres Antrages.

**Bürgermeister:** Es ist ein sehr wichtiges Thema und es ist nicht würdig, dass wir über so ein wichtiges Thema populistisch auf beiden Seiten gesprochen werden soll. Die Wahrheit ist mittendrin. Der Raum in Vorarlberg ist sehr begrenzt und 80 % der Fläche sind Wald und Bergland. In der Talsohle des Rheintals und Walgaues spielt sich eigentlich alles ab, wo wir unterbringen müssen von Siedlungsentwicklung, Wirtschaft, Verkehr und natürlich naturverträgliche Räume. Es ist eine riesengroße Herausforderung. Es ist natürlich auch eine primäre Aufgabe der Kommunen und Städte dafür zu sorgen, dass wir unseren Beitrag dazu leisten. Das ist uns allen klar. Die andere Seite ist, dass der Antrag insofern obsolet ist, weil was im Antrag drinnen steht, wir schon mehrfach beschlossen haben. Es gibt gesetzliche Vorgaben dazu. Das beginnt beim Raumplanungsgesetz im § 1 wo alles definiert ist. Das oberste Ziel der Raumplanung ist der sparsame Umgang mit Grund und Boden. Wir haben einstimmig einen Räumlichen Entwicklungsplan, indem diese Ziele auch definiert sind. beschlossen. Es ist alles definiert.

Ich habe mir die Mühe gemacht, alles nochmals herauszuarbeiten. Wir sollten uns schon selber ernst nehmen. Wir halten uns auch im Wesentlichen daran sowohl die Stadtverwaltung als wir, die die Beschlüsse fassen. Wir weiten die Siedlungsränder nach außen nicht auf. Wir haben in unseren Siedlungsrändern derzeit noch Baulandreserven von ca. 30 % drinnen. Es findet alles in den entsprechenden Baulandwidmungen statt. Wir bemühen uns zu verdichten und in die Höhe zu bauen, Tiefgaragen zu bauen und andere Lösungen zu finden. Wir bemühen uns Beläge zu finden, die möglichst Wasseraufnahme fähig sind. In der Innenstadt die Bepflasterung der Begegnungszone ist ein Belag, der aufnahmefähig ist. Wir renaturieren Bäche wie beim Rheintalbinnenkanal, Retentionsflächen, usw. Wir können nochmals bekräftigen was wir eh schon beschlossen haben, um ein politisches Statement abzugeben. Wir sollten unsere eigenen Beschlüsse ernst nehmen. Ein Thema möchte ich kurz ansprechen und da könnte uns die Grünefraktion sehr, sehr helfen, weil es auch innerparteilich ein Thema ist. Der zuständige Landesrat ein Grüner ist, wo wir immer wieder kämpfen, sind die Radwege. Der Radweg Stocken war früher bekiest und wir hätten ihn auch so belassen, nur die Richtlinie der Radwege sieht vor, 4 m breit, Beleuchtung und Asphalt, sonst bekommen wir die Förderung nicht. Beim Weidenweg ist es ein ähnliches Thema. Es gibt schon Radwege, wo es sinnvoll ist, Asphalt zu machen, aber es gibt auch Radwege im Naturraum, wo es für alle Beteiligten besser wäre, vor allem auch für die Fußgänger, die diese Radwege benutzen, wenn sie bekiest wären. Bei vielen Wegen wäre eine Bekiesung ausreichend. Das nächste Problem ist die Beleuchtung die vorgeschrieben wird. Wir machen das gerne und im selben Ressort sagt die gleiche Abteilung, aber in der Nacht darf die Beleuchtung nicht eingeschaltet werden, weil dann die Insekten sterben. Das gehört alles geklärt. Wir würden uns wünschen, dass die Förderrichtlinie des Landes sich offener gestaltet und von Fall zu Fall diskutiert wird. Ich glaube, dass es möglich wäre, wenn die Stadtvertretung unseren Abänderungsantrag, der sich noch einmal auf das REK beruft, welches wir schon beschlossen haben, jawohl wir nehmen es ernst und leben es auch, ein wichtiges Thema, und gleichzeitig schauen, dass wir mit einem Beschluss an das Land herantreten und sagen, überdenkt eure Praxis bei den Radwegen, weil da können sie uns wirklich entgegenkommen beschließt. Das wäre mein Kompromissvorschlag. Alle die hier sitzen, sollten dasselbe Interesse haben, einerseits sparsamer Umgang mit Grund und Boden, das Verhältnis zwischen Wirtschaftsentwicklung, Siedlungsentwicklung aber auch Naturräume eine Balance zu finden. Das ist in der Praxis nicht ganz einfach, aber wenn wir uns gemeinsam bemühen, können wir gemeinsam etwas erreichen. Der nachstehende **Abänderungsantrag** wäre unser Kompromissvorschlag. Das wäre ein gemeinsamer Weg, den wir schon eingeschlagen haben, um gemeinsam weiterzugehen.

### **Abänderungsantrag:**

Im Jahre 2018, mit einer kleinen Änderung im Jahre 2020, hat die Stadtvertretung der Stadt Hohenems den Räumlichen Entwicklungsplan (REP) beschlossen. In diesem REP ist der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden als Grundlage für alle Ziele, weiterführende Konzepte und Maßnahmen formuliert. Diese Ziele und Maßnahmen werden (u.a.) von der Stadtplanung der Stadt Hohenems konsequent angestrebt und in der Praxis auch umgesetzt. So heißt es im REP:

## **Kapitel Siedlungsentwicklung**

### **1.2 Grundsätze**

Dieses REK-Kapitel umfasst Grundsätze und generelle Ziele zur Siedlungsentwicklung; Fragen der „Freiraumentwicklung innerorts“ mit dem Schwerpunkt öffentlicher Raum werden integrativ mitbehandelt. Weiterführende Hinweise werden in Kapitel „C Handlungshinweise zur Entwicklung der Stadtteile“ formuliert.

Als Grundlage für alle Ziele, weiterführenden Konzepte und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hohenemser Siedlungsentwicklung formuliert das REK-Hohenems nachstehende Grundsätze:



- Sparsamer Umgang mit Grund und Boden
- Vorrang für Siedlungsentwicklung nach innen
- Stadtteile stärken
- Aktive Bodenpolitik
- Strukturierte, standortverträgliche Verdichtung
- Verstärkter Fokus auf den öffentlichen Raum
- Verträgliche Durchmischung
- Gesamtkonzepte für zusammenhängende Flächenreserven
- Öffentliche Interessen in die Projektentwicklung einbringen

### **1.3 Ziele und Maßnahmen**

Zum Grundsatz „Sparsamer Umgang mit Grund und Boden“.

Flächenreserven und Entwicklungspotenziale werden für spätere Generationen gesichert.

Daraus resultiert das Bekenntnis zum Vorrang für die innere Siedlungsentwicklung (siehe nächster Punkt). Dazu:

- Bestehende Bauflächenreserven aktivieren.
- Bestehende Gebäude(potenziale) in Wert setzen.
- Strukturierte, standortverträgliche Verdichtung.
- Keine Vorratswidmung, dh, neue Bauflächen werden nur gewidmet, wenn ein konkretes Bauprojekt ansteht. Das Instrument der Vertragsraumordnung (§ 38a RPG) wird dazu gegebenenfalls genutzt.

Auch im Kapitel Landwirtschaft sind konkrete Ziele und Maßnahmen zur Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen und der Förderung klar formuliert. Dabei geht es einerseits um die Sicherung einer regionalen Landwirtschaft als Produzent hochwertiger Lebensmittel, als auch als wichtiger Partner für Naturvielfalt und Biodiversität. Im Kapitel Landwirtschaft wird dazu ausgeführt:

## **Kapitel Landwirtschaft**

### **4.3.2 Grundsätze**

Landwirtschaftlich genutzte Flächen werden erhalten; sie dienen der Produktion von Lebensmitteln, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Freizeit- und Erholungsnutzung und prägen das Landschaftsbild.

Angestrebt wird eine nachhaltige, naturverträgliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen – Stichwort „Naturvielfalt“. In diesem Zusammenhang werden auch alte Nutzungsformen geschätzt sowie Streuwiesen und extensive Rinderweiden erhalten.

### **4.3.3 Ziele und Maßnahmen**

Bestehende Bauflächengrenzen werden zur Sicherung der Landwirtschaftsflächen weitgehend gehalten.

Die Fremdnutzung landwirtschaftlicher Flächen wird unterbunden; dazu:

- Restriktiver Umgang mit FS-Widmungen.
- Im Sinne einer Bevorrangung der landwirtschaftlichen Nutzung FF-Widmung im Berggebiet prüfen; dabei landwirtschaftliche Betriebsstandorte und deren Erweiterungsmöglichkeiten sowie Bestandsobjekte mit Wohnnutzung insbesondere in den Bereichen Tugstein und Auenstraße im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sichern.
- Verbuschung und Verwaldung der Hangflächen vermeiden.
- Alpen samt ihren Gebäuden als Wirtschafts- und Kulturgut erhalten.
- Vermarktung lokaler landwirtschaftlicher Produkte unterstützen.

Zersiedelung des Riedes und des offenen Landschaftsraumes im Berggebiet durch neue landwirtschaftliche Objekte vermeiden; dazu im Anlassfall neue Standorte für Landwirtschaftsbetriebe fachlich überprüfen (Rahmenbedingungen am Standort, Alternativstandorte, Bedarf etc.).

Eine naturnahe Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen wird angestrebt.

Darüber hinaus bemüht sich die Stadt Hohenems seit einigen Jahren der Versiegelung von Flächen entgegen zu wirken. Dies dient einerseits dem Hochwasserschutz, dem Entgegenwirken von steigenden Temperaturen als auch der Artenvielfalt in naturnahen Blühflächen. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen:

1. Baurecht: Durch Vorschreibung von Retentionsflächen bei Bauverfahren.
2. Rückbau von Asphaltflächen und Ersatz dieser Flächen durch wasseraufnehmende Beläge wie Kies, Pflastersteine oder Grünflächen.
3. Schaffung von Retentionsflächen und Aufweitung von Bächen und Gerinnen
4. Naturnahe Blühflächen in der Stadt bzw. entlang von Verkehrswegen.

Des Weiteren wird gerade das interkommunale Landschaftsentwicklungskonzept Ried erarbeitet. Auch hier wird der Erhalt der Flächen klar formuliert.

### **Radweg sollten keine versiegelten Flächen sein**

Was aus Sicht der Stadt Hohenems ein Problem darstellt, sind die Förderrichtlinien des Landes Vorarlberg für den Ausbau der Radwege. Das Land Vorarlberg teilt die förderbaren und entsprechend wichtigen Radwegverbindungen in Landesradrouten Alltag, örtliche Hauptradrouten Alltag und Landesradrouten Freizeit ein.

Für die Alltagsrouten wird dabei u.a. ein winterdiensttauglicher (sprich versiegelter) Belag verlangt. Auch wenn bei „Überwiegen von anderen öffentlichen Interessen, wie bspw. Naturschutzinteressen“ davon abgesehen werden könnte, so wird vom Fördergeber oft ein Asphaltbelag gefordert.

Vor dem Hintergrund der Bodenversiegelung wäre wünschenswert diese Qualität zu hinterfragen – auch mit Hinblick auf oft schneefreie Winter. Zudem könnten die Freizeitrouten auch stellenweise entsiegelt

Wir haben öfters die Meinung vertreten, dass bei Radwegen und vor allem bei kombinierten Rad- und Fußwegen eine Ausführung mit einem Kiesbelag besser wäre. Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Kiesflächen nehmen Wasser auf und die Entwässerung ist besser lösbar.
- Sie führen an heißen Tagen zu keiner „Überhitzung“.
- Die Fahrgeschwindigkeiten sind tendenziell geringer, was zur Sicherheit – vor allem von Fußgängern – beiträgt.
- Und zudem sind sie weniger kostenintensiv, was den sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern fördert.

In diesem Bereich sollte das Land umdenken.

### **Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems möge beschließen:**

1. Die Stadtvertretung Hohenems bekennt sich einmal mehr zu den Grundsätzen und Zielen des Räumlichen Entwicklungsplanes der Stadt Hohenems, insbesondere zum aktiven Bodenschutz und zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden.
2. Die Stadtverwaltung wird bekräftigt, die im REP beschlossenen Grundsätze und Ziele, weiterhin ambitioniert zu verfolgen, insbesondere

- Neuen Bodenverbrauch und Flächenversiegelung auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren und die qualitätsvolle Nachverdichtung und Innenentwicklung weiter zu verfolgen,
  - Leerstand zu aktivieren soweit das im Einflussbereich der Stadt Hohenems liegt,
  - Flächen weiter zu entsiegeln und wo möglich zu renaturieren und
  - landwirtschaftliche Vorrangflächen und ökologisch hochwertige Flächen für künftige Generation zu sichern sowie eine vielfältige und naturnahe Landwirtschaft zu fördern,
  - oberirdische Parkflächen für Kraftfahrzeuge mit Augenmaß zu reduzieren und durch bodensparende Tief- oder Hochgaragen zu ersetzen.
3. Die Stadtvertretung beschließt beim Land Vorarlberg anzuregen, die Richtlinie zur Förderung von Radrouten dahingehend abzuändern als dass, die Bodenversiegelung auf ein Mindestmaß reduziert wird.

**StR. Bernhard Amann:** Mir geht es um folgendes. Es steht drinnen den Leerstand zu aktivieren. Das sind hohle Leerformeln die seit Jahrzehnten verwendet werden, die eh nie realisiert werden. Für das leistbare Wohnen sind in den letzten Jahren nur wenige Wohnungen frei geworden. In Hohenems sind über 500 Wohnungssuchende auf der Liste. Mir ist es übrig, dass man hergeht und solche Leerformeln bringt. Ich will etwas Greifbares, dass man weiß so und so viel wird gebaut und so viel ist frei. Das sind in etwa 200 bis 220 Wohnungen nach der Sozialraumanalyse. Es soll was ganz Konkretes da sein. Solche Anträge bringen nichts. Das Molarisieren lieber Stefan, du musst jedem das seine lassen und die Anstandsgeschichte zählt bei mir nicht.

**StV. Gabriele Bächle:** Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel sagen. Ich möchte alle Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter bis zur nächsten Sitzung bitten und vorbereiten, was die Dachbegrünungen für Vorteile haben. Das wäre eine ganz konkrete Maßnahme. Es wird und wurde schon viel gebaut. Die Vorteile von einer Dachbegrünung sind so groß und kann so viel Wasser zurück halten und wir Grünen werden das bei der nächsten Stadtvertretungssitzung als Tagesordnungspunkt bringen, im Planungsausschuss ist es bis jetzt leider nicht behandelt worden. Vielleicht wird es auch noch behandelt. Auf jeden Fall findet man sehr viel Information im Internet. Unsere Nachbargemeinde Götzis hat im Februar beschlossen, mit einer Förderung dazu, eine verpflichtende Dachbegrünung und Altach hat es das letzte Jahr beschlossen. Ich finde es wäre an der Zeit, dass die Stadtvertretung damit beschäftigt und auch beschließen würde. Das wäre ein konkretes Beispiel. Jeder soll sich selbst informieren.

**StV. Günter Zechner:** Thema Dachbegrünung – ist das neue Rathaus begrünt?  
Der **Bürgermeister** sagt, natürlich hat das neue Rathaus eine Dachbegrünung.

**Bürgermeister:** Wir waren Vorreiter beim Thema Dachbegrünung. Die Erstberatung ist auch gratis. Ich bin für jedes Thema offen. Bei großen Projekten schreibt es die Stadt vor, aber bei Einfamilienhäusern nicht.

**StR. Angelika Benzer:** Im Abänderungsantrag wurde der Text 2 x kopiert. Wir sind parteiübergreifend alle dafür, dass wir achtsam mit Grund und Boden umgehen. Ich glaube auch, dass hier die emotionale Diskussion etwas zurückstehen sollte, aber ich frage mich natürlich schon, warum man etwas beschließen soll, was schon beschlossen worden ist. Ich finde auch den Antrag der Grünen nicht ganz so konkret wie ich ihn mir gewünscht hätte, aber der Antrag von der Liste Dieter Egger ist genauso schwammig. Wir haben ja schon alles beschlossen.

**Bürgermeister:** Es passiert nichts, wenn wir es nicht beschließen, es passiert aber auch nichts wenn wir es beschließen. Es ist maximal eine Bekräftigung. Was wirklich neu ist und da bitte ich wirklich um Zustimmung, dass wir auf das Land zugehen und zwar wirklich mit einem Beschluss und sagen, wir hätten gerne die Richtlinie der Fahrradwege geändert.

Der **Abänderungsantrag** wird mit 26:10 Stimmen (ÖVP, SPÖ, Steinbruch-Gegner, 1 x Ems isch üsr) **angenommen**.

#### **8. Gemeinsamer Antrag Ems isch üsr, Hohenemser Volkspartei, SPÖ Hohenems, Steinbruch-Gegner: Sicherer Zugang zum Erholungszentrum Rheinauen**

**StV. Philipp Schuler:** Es geht uns um die Sicherheit der Familien und Kinder. Das EHZ erfreut sich großer Beliebtheit. Wo viel Licht ist gibt es auch viel Schatten. Man sieht immer wieder gefährliche Situationen. Die belebte Straße vor dem EHZ ist die Gefahr. Diese Straße sollte verlegt werden. Der öffentliche Verkehr muss ausgebaut werden. Die Anbindung soll mit sehr kurzen Intervallen aus allen Gemeinden möglich sein. Der Fahrradabstellplatz soll attraktiver gemacht werden oder vielleicht ist auch ein Platz innerhalb des EHZ möglich. Eine Bedeckung ist vorerst nicht nötig. Wir vertrauen den Experten der Stadt.

**StV. Maria Benzer:** Wir finden die aktuelle Situation auch alles andere als ideal. Wir stehen dahinter, dass Maßnahmen gemacht werden. Wir sind skeptisch, dass bis 2024 genügend Zeit ist. Jeder Schritt in die richtige Richtung ist sinnvoll.

**StR. Markus Klien:** Die Situation vor dem EHZ Rheinauen ist sehr ungünstig. Für 2024 eine große Lösung zu finden ist unmöglich. Was ist schon alles passiert in den letzten Jahren? Im Jahre 2017 wurde mit Altach ein Konzept erstellt. Eine Anbindung zur Autobahnabfahrt Rosenberger ist gesetzlich nicht möglich. Im Jahre 2023 wurde an Besch + Partner eine Planung vergeben. Wir haben das für 2024 ins Budget aufgenommen. Kleinere Lösungen für 2024 sind möglich, aber größere sicher nicht. Ich habe mit dem Geschäftsführer Ewald Petritsch gesprochen. Fahrräder oder andere Fahrzeuge sind im inneren der Rheinauen nicht erlaubt. Er meint, dass nicht nur die Autofahrer eine große Gefahr sind, sondern auch die E-Bikefahrer, Rennradfahrer und Scooter sind.

**Bürgermeister:** Die beste Lösung für uns wäre ein Anschluss der Autobahn gewesen. Das ist derzeit gesetzlich nicht erlaubt. Ein Großteil der Besucher kommt nicht aus Hohenems. Ich habe gesagt, dass wir abwarten ob sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern. Das ist derzeit nicht absehbar. Die Varianten kennen sie alle. Das Büro Besch + Partner wurde angefragt für eine Detailplanung. Der motorisierte Verkehr muss hin zur Autobahn verlegt werden. Extra Flächen für Fußgänger und Radfahrer wären wünschenswert. Die Bereitschaft von Altach ist bekundet. Es muss uns klar sein, dass die Flächen der Asfinag gehören. Ich kann nur berichten, dass wir mit der Asfinag über die Grundflächen gesprochen haben. Sie wollen für die Grundflächen über den Winter einen LKW-Abstellplatz. Das wollen wir überhaupt nicht. Die Umsetzung im Jahr 2024 ist utopisch. Wir können uns bemühen mit der Stadtplanung kleine Dinge umzusetzen. Thema „Fahrräder ins Bad hineinzubringen“ ist unmöglich und wo sollen sie hin. Die Positionierung des Abstellplatzes ist sehr gut direkt beim Eingang. Über bessere Unterbringungsmöglichkeiten für die Fahrräder kann man nachdenken. Wir haben den Bus schon mal eingestellt, weil es viel zu wenige Fahrgäste waren. Der Badebus kann nicht von jedem Ortsteil hingeführt werden, aber wir haben derzeit schon sehr gutes Netz. Der Badebus wurde nicht angenommen, deshalb ist eine Ausweitung nicht zielführend.

Wir stellen einen **Abänderungsantrag** (welcher in der Sitzung verteilt wird):

1. Die begonnenen, gemeinsamen Planungen mit der Gemeinde Altach zur Entflechtung des motorisierten Verkehrs mit dem Rad- und Fußverkehr vor dem Eingangsbereich des EHZ Rheinauen sollen ambitioniert weitergeführt werden.
2. Dafür sollen auch die nötigen Gespräche mit der Asfinag als Grundeigentümer geführt werden.
3. Die Stadtplanung der Stadt Hohenems wird beauftragt kurzfristige Maßnahmen für einen sicheren Zugang zum EHZ Rheinauen zu erarbeiten und dem Planungs- und Bauausschuss zur Beratung vorzulegen. Eine Umsetzung der Maßnahmen soll bis zur Badesaison 2024 erfolgen.

**StV. Günter Zechner:** Die SPÖ Hohenems ist schon lange an diesem Thema dran. Eine Temporeduktion wäre möglich. Eine Führung der Straße könnte man entlang der Grundgrenze machen. Die Asfinag braucht man nicht unbedingt dazu.

**Bürgermeister:** Wenn du den motorisierten Verkehr ohne Asfinag machen willst, bist du im Eingangsbereich. Temporeduktion, Markierungen, usw. sind kleinere Möglichkeiten. Ich bitte nochmals um Zustimmung zum Abänderungsantrag, damit eine große Lösung umgesetzt werden kann.

**StV. Roswitha Sahler:** Ich bin jahrelange Saisonkartenbesitzerin. Die gefährlichste Stelle ist die Kurve vor der Unterführung. Mich hat heuer ein Rollerfahrer überfahren. Warum fährt kein kleiner Bus? Die Autos parken kreuz und quer. Es ist keine Polizei da. Die Zufahrtsstraße zum Rheinauen wird links und rechts „verparkt“. Das wurde noch nie berücksichtigt.

**Bürgermeister:** Der komplette Verkehr ist gefährlich. Die räumliche Situation ist nicht einfach da draußen. Auch eine Entflechtung ist nicht einfach.

**StV. Philipp Schuler:** Noch ein kurzes Wort zu StR. Markus Klien. Wir haben im Antrag Ideen vorgeschlagen. Die Planungsabteilung der Stadt kann sehr gute Vorschläge machen. Es sollen auch die umliegenden Gemeinden eingebunden werden. Unser Antrag ist ausgereifter als der Abänderungsantrag. Ich stimme jedoch zu, dass innerhalb der nächsten 3 Jahre mit der Asfinag eine Lösung zu finden. Ich stimme dem Abänderungsantrag nicht zu.

**Bürgermeister:** Nur eine Entflechtung ist für die Sicherheit möglich. Wir werden uns bemühen.

**StV. Philipp Schuler:** Wir fassen hier einen Grundsatzbeschluss. Wir sagen, dass der Eingangsbereich sicher gemacht werden soll.

**Bürgermeister:** Bis 2024 wird sich das nicht ausgehen.

**StV. Philipp Schuler:** Die Umsetzung innerhalb der nächsten 3 Jahre sind wir einverstanden.

**Bürgermeister:** Der Inhalt unseres Abänderungsantrages ist sehr konkret. Ich entschuldige mich für die Tippfehler.

**StV. Maria Benzer:** Wir reden doch alle vom selben. Wir können mit dem Antrag der ÖVP und Verlängerung auf 3 Jahre und dem Punkt 3 des Abänderungsantrages zustimmen.

**Bürgermeister:** Also der ursprüngliche **Antrag** mit der Verlängerung auf **3 Jahre** und der Punkt 3 des **Abänderungsantrages** „Die Stadtplanung der Stadt Hohenems wird beauftragt kurzfristige Maßnahmen für einen sicheren Zugang zum EHZ Rheinauen zu erarbeiten und dem Planungs- und Bauausschuss zur Beratung vorzulegen. Eine Umsetzung der Maßnahmen soll bis zur Badesaison 2024 erfolgen, sollen beschlossen werden.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung trifft den Grundsatzbeschluss, vor der Badesaison **2027**, den Vorplatz des Erholungszentrums Rheinauen so umzugestalten, dass für Kinder und Familien ein gefahrloser Zugang gewährleistet ist. Außerdem sind Maßnahmen zu ergreifen, die den Besuch mit Fahrrad sowie mit öffentlichen Verkehrsmitteln attraktiver machen.

Die Stadtplanung der Stadt Hohenems wird beauftragt kurzfristige Maßnahmen für einen sicheren Zugang zum EHZ Rheinauen zu erarbeiten und dem Planungs- und Bauausschuss zur Beratung vorzulegen. Eine Umsetzung der Maßnahmen soll bis zur Badesaison 2024 erfolgen.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

#### **9. Landtagsbeschluss betreffend ein Gesetz über**

##### **a) eine Änderung des Raumplanungsgesetzes**

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

##### **b) eine Änderung des Landes-Abfallwirtschaftsgesetzes**

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

##### **c) eine Änderung des Sozialleistungsgesetzes**

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

##### **d) die Erhebung einer Abgabe von Zweitwohnsitzen und Wohnungsleerständen - Sammelgesetz**

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

#### e) eine Änderung des Baugesetzes

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

#### f) eine Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Verlaufes der Landesgrenze zwischen den Ländern Vorarlberg und Tirol und die Instandhaltung der Grenzzeichen

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 35:1 Stimmen (StR. Bernhard Amann) **abgelehnt**.

### 10. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

Die Anfragen wurden vorab beantwortet.

### 11. Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung der Stadtvertretung

Die Niederschrift wird mit 35:1 Stimmen (EM. Elisabeth Märk) genehmigt.

### 12. Allfälliges

**StV. Dieter Mathis** stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Bei der Stadtvertretungssitzung vom 08.11.2022 hatte ich schon einmal bei einer § 38 Abs. 4 Anfrage gefragt, inwieweit die Stadt Hohenems vom Baukartell zu kartellrechtswidrigen Absprachen bei der Vergabe von Bauaufträgen von zumindest Juli 2002 bis Mai 2017 betroffen ist.

Die Antwort damals war – wurde geprüft – Hohenems nicht betroffen, ohne weitere Hinweise zur Prüfung.

Am 22.09.2023 erfolgte eine Presseaussendung der Bundeswettbewerbsbehörde zum Ermittlungsstand im Verfahren des Baukartells.

- Betroffen sind Projekte in allen Bundesländern
- Zahl der Unternehmen gegen die Ermittlungen geführt werden steigt, aktuell geht die BWB von mehreren Dutzend Unternehmen aus
- Gegenüber 5 Unternehmen wurden Geldbußen mit in Summe €138,86 Mio. verhängt
- Und nun wird es spannend – es wurde das Unternehmen genannt, dass sich als erster Kronzeuge der Bundeswettbewerbsbehörde zur Verfügung gestellt hat.

Die Firma Kostmann – spätestens seit der VS Schwefel in Hohenems bekannt.

Unter den mittlerweile bekannten Gesichtspunkten – ein Jahr später meine erneute Anfrage mit der Bitte um schriftliche Beantwortung.

- Wurde seitens der Stadt Kontakt mit der BWB zur Klärung der Situation aufgenommen? Mit welchen Ergebnissen?

- Welche Projekte wurden seitens der Stadt Hohenems geprüft, ob die Stadt Hohenems von den Preisabsprachen betroffen ist.
- Wie konnte bei der Prüfung festgestellt werden, dass es bei den geprüften Projekten keine Absprachen stattfanden und keine abgesprochenen Deckangebote abgegeben wurden.

Jede(r) der am Abend oder am Wochenende in Hohenems unterwegs ist, dem fällt mittlerweile auf, dass der Schlossplatz und auch der Bereich vor der Volksschule Markt oft zum Parkplatz verkommt.

Da ich nicht davon ausgehe, dass dies Teil einer neuen Parkplatzverordnung ist – meine **Anfrage**: Welche Maßnahmen werden getroffen, um dies entgegenzuwirken und zu verhindern, dass dies so quasi zum ersessenen Recht wird, dass an Plätzen geparkt werden kann, die dafür nicht vorgesehen sind! Schlossplatz und Kirchplatz

Als Obmann des Prüfungsausschusses würde es mich interessieren, wie der Umsetzungsstand der Empfehlungen aus den Prüfberichten ist.

**EM. Elisabeth Märk** stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Ganzjähriges Fahrverbot auf der Straße entlang des alten Emser Bades:

Hohenems verfügt über wahre Naturjuwelen. Eines davon ist zweifelsohne der Alte Rhein rund um das Gebiet des alten Emser Bades.

Ganz zu Recht gilt auf der Straße, die entlang dieses Naturschutzgebietes führt, in den Sommermonaten ein Fahrverbot für motorisierte Fahrzeuge, zumal diese Straße auch ein äußerst beliebter und stark frequentierter Radweg ist.

Leider gilt dieses Fahrverbot nur zwischen Mai und September, obwohl die Radsaison auch aufgrund des Klimawandels viel früher beginnt und bis weit in den November hinein dauert. Ab Oktober fahren zahlreiche Autos auf dieser Straße von und in Richtung Zollamt. Sie verwenden diese Route teilweise, um Staus im Bereich der Kreisverkehre zu umfahren. Immer wieder kommt es dabei zu äußerst gefährlichen Situationen, besonders auf Höhe der Autobahnunterführung, wo die Straße von beiden Seiten steil abwärts geht und die Radfahrer daher in relativ hohem Tempo unterwegs sind, und auch im Bereich der Radwegüberführung auf Höhe Zollamt. Es gibt eigentlich gar keinen Grund für ein nur zeitlich begrenztes Fahrverbot, da das BSBZ von der anderen Seite her sehr gut erschlossen ist. Das Fahrverbot sollte dringend auf das ganze Jahr ausgeweitet werden. Das wäre im Sinne der Sicherheit, im Sinne des Naturschutzgebietes und eine Aufwertung des Fahrradverkehrs.

**Anfrage:** Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, dieses zeitlich begrenzte Fahrverbot auf das ganze Jahr auszuweiten?

**Anfrage:** Wenn ja, ab wann tritt es in Kraft?

**Bürgermeister:** Das Anliegen ist berechtigt. Im nächsten Planungs- und Bauausschuss soll darüber diskutiert werden.

**StV. Günter Zechner:** Ich stelle eine Frage an Vizebgm. Patricia Tschallener zum Thema Kinder- und Jugendparlament? Wie ist hier der Stand?

**Vizebgm. Patricia Tschallener:** An den Schulen haben Workshops stattgefunden. Die Workshops sind nun abgeschlossen. Am 20.11. findet der Termin für die Auswertung dieser Workshops statt.



**StV. Günter Zechner:** Wie schaut es mit den 16 und 17-Jährigen aus?

**Vizebgm. Patricia Tschallener:** Die Ausarbeitung einer Broschüre oder wie wir an die Jugendlichen rankommen, wird in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Im Ausschuss war die Idee einen Brief zu versenden. Ein Konzept wird erarbeitet. Die Arbeitsgruppe wartet auf Ergebnisse.

**Ende der Sitzung:** 20:35 Uhr

Die Schriftführerin:

Der Vorsitzende:

Birgit Amann

Bgm. Dieter Egger